

Berlin, 14. Juli 2025

Pressemitteilung des Vorstands

Trumps Terror gegen Kuba geht unerbittlich weiter

Kuba hat seine eigene Liste der an Terroranschlägen gegen das Land beteiligten Personen aktuali-siert. Diese wurde am Mittwoch im Internationalen Pressezentrum (CPI) in Havanna vorge-stellt. Und sie wurde ordnungsgemäß an den UN-Generalsekretär gesendet. Expert:innen des Innenministeriums (MININT), Außenministeriums (MINREX), der Generalstaatsanwaltschaft, und des Justizministeriums, erläuterten die Vorwürfe und Sachverhalte. Demnach handelt es sich um 62 Einzelpersonen und 20 terroristische Organisationen, gegen die von den kubanischen Behörden strafrechtlich ermittelt wird. Sie werden wegen Verbindungen zum Terrorismus gesucht. Die meisten davon leben in den USA und agieren von dort aus gegen Kuba.

Die stellvertretende Außenministerin Josefina Vidal Ferreiro erinnerte daran, dass viele der gegen Kuba operierenden Terroristen in den USA Zuflucht fänden. Sie kritisierte die mangelnde Reaktion und Untätigkeit der US-Regierung angesichts der gegen die diplomatischen Vertretungen Kubas in Washington verübten Angriffe. Sie verurteilte, dass die Trump-Regierung Kuba willkürlich und ohne Fakten als einen Staat bezeichnet, der den Terrorismus fördert, obwohl das Land seit über 60 Jahren Opfer dieser Plage ist, und dass gerade die US-Regierungen den Terrorismus fördern, unterstützen und tolerieren. Sie prangert auch an, dass die Trump-Regierung, insbesondere Außenminister Marco Rubio, den Dialog mit Kuba völlig blockiere, obwohl sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus trotz aller Differenzen möglich sei.

Außerdem erklärte Víctor Álvarez Valle aus dem Innenministerium, dass Cyberterrorismus und Missbrauch digitaler Medien zur Anstiftung zu Gewalt und Aggression gegen staatliche Stellen zugenommen hätten. Im Wesentlichen lautete das Fazit: „Gewalt- und Terroranschläge gegen Kuba nehmen zu, und aufgrund der Untätigkeit der US-Regierung herrscht weiterhin Straflosigkeit.“

Bislang wurde darüber in deutschen Medien (noch?) nicht berichtet!

Nur zwei Tage später hat das US-Außenministerium unter dem Hardliner Rubio Sanktionen gegen den kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel und andere Regierungsangehörige verhängt. Begründung: sie seien mitverantwortlich beim „brutalen“ Vorgehen gegen Demonstranten am 11. Juli 2021 gewesen. Fakt: Kubas Behörden und Sicherheitskräfte schützten damals ihre Gesellschaft und Sicherheit vor den aus den USA und der US-Botschaft in Havanna zur Revolte angestachelten Gewalttäter, die einen „regime change“ provozieren sollten. Den Schutz vor einem US-gesteuerten Umsturz als Menschenrechtsverletzung umzudeuten offenbart die unverschämte Manipulation von Realitäten, die raffinierte Lügenproduktion und die willkürliche Kreation von Fake News der Trump-Administration und ihrer Geheimdienste gegen Kuba.

Weitere Informationen: 0157-82421146